

Pressemitteilung

Kundgebung und Protest im Rathaus gegen die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr für den Afghanistankrieg

Die Verlängerung des Mandats für den Krieg am Hindukusch, wie es SPD, CDU, GRÜNE und FDP im Bundestag am 28. Januar 2011 beschließen wollen, bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung des neoimperialistischen Kriegs, der entfesselten Gewalt und Zerstörung auf Kosten der afghanischen Bevölkerung und der Natur.

In Hamburg und in zahlreichen anderen Städten wie Köln, Berlin und Stuttgart haben sich daher Bündnisse aus Friedensinitiativen und Antikriegsorganisationen zusammen getan, um gegen den anstehenden Bundestagsbeschluss zu protestieren. Das Hamburger Antimilitarismusbündnis, dem der Landesverband Hamburg der Linksjugend [solid], die Sozialistische Linke (SoL), das Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP), die Rote Szene Hamburg und das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. angehören, rief zu einer Kundgebung auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz in der Innenstadt auf. Der Einladung folgten über 80 Personen, die zahlreichen Redebeiträgen und Musik lauschten, während parallel an Infotischen über das Kriegstreiben informiert und z.T. hitzig debattiert wurde.

Während der Veranstaltung wurde vom angrenzenden Karstadt-Gebäude ein großflächiges Transparent hinuntergelassen und Handzettel in die Fußgänger Menge geworfen. Auf dem Transparent war zu lesen: „No Nato. No War. No Capitalism.“ Die Aktivisten trugen ihren Protest gegen die Kriegspolitik der NATO, an der sich auch Hamburg mit der Entsendung von Polizeibeamten beteiligt, spontan auch noch ins Rathaus. Im Foyer des Rathauses hielt die Kandidatin für die Hamburger Bürgerschaft der Partei DIE LINKE, Christin Bernhold, eine kurze Rede, in der sie ein Ende des Afghanistankriegs, den sofortigen Abzug der Bundeswehr und der deutschen Polizeieinheiten aus Afghanistan forderte. Für die Worte gab es von den anwesenden Touristen und Rathausbesuchern Szenenapplaus.

„Die Erfahrungen von zehn Jahren Besatzung und Krieg zeigen deutlich, dass nur die westlichen Staaten und ihre Konzerne vom Krieg in Afghanistan profitieren“, erklärte Christin Bernhold, Pressesprecherin der Linksjugend [solid] Hamburg und Kandidatin für die Hamburger Bürgerschaft für die Partei DIE LINKE. *„Für die afghanische Bevölkerung und die Natur“,* so Bernhold weiter, *„hat die NATO nur Elend, Tod und Zerstörung im Gepäck gehabt. Und auch wenn jetzt Vertreter der Bundesregierung und der NATO offiziell über Abzugstermine fabulieren, haben sie alle einmütig beteuert, dass auch nach einem Rückzug Soldaten weiter vor Ort bleiben und der Krieg weitergehen wird. Nur kämpfen dann Afghanen stellvertretend für die NATO und die EU.“*

„Die NATO zieht ihre Truppen auch nicht von allein aus Afghanistan ab. Nur wenn sich die Menschen einer Fortsetzung des Kriegs in den Weg stellen, ist eine Veränderung möglich. Wir müssen unseren Protest und Widerstand überall entfachen: auf der Straße und in den Parlamenten. Auch Hamburg muss seine, wenn auch kleine Beteiligung am Afghanistankrieg beenden und die Polizeibeamten nach Hause holen“, forderte Bernhold.

Kontakt:

Christin Bernhold

Linksjugend [solid] Hamburg/DIE LINKE

Tel.: 01577/8271728

Email: christin@christin-bernhhold.de